

## Die Banken in den ersten vier Kriegsjahren.

(Siehe „Der Neue Abend“ vom 15. und 18. d. M.)

Im ersten Teile der Denkschrift, die hier auszugsweise wiedergegeben wird, wurde an amtlichen Ziffern gezeigt, wie ungeheuer die Macht und der Einfluß der Banken in den vier Kriegsjahren gewachsen sind. Der Schluß der Denkschrift zeigt, wie dies auch mit dem Machtbewußtsein ihrer Leiter der Fall war, und zieht daraus einige Folgerungen für die Staatsverwaltung und das Volkswohl.)

Ziffern wie die hier nach den gedruckten Ausweisen wiedergegebenen führen eine beredte Sprache. Wenn auch der Bevölkerung infolge des Verzichtes der Tagespresse auf jede kritische Betrachtung keine übersichtlichen Zusammenfassungen geboten werden, so wirken doch auch die bloßen Ziffern der Berichte aufklärend genug, weil das Volk deutlich zu erkennen glaubt, daß sich die Banken im Wettbewerb um Macht und Vorteil als die Überlegenen erwiesen haben.

Das Bewußtsein ihrer fast unbegrenzten Machtfülle äußert sich offenbar auch in Reden und sonstigen Kundgebungen der leitenden Bankmänner, die in weiten Kreisen das peinlichste Aufsehen erregt haben. Es sei erinnert auf die Rede des Herrn Generaldirektors Wilhelm Meistranek in der Generalversammlung der Alpinen Montangesellschaft am 6. April, worin er in nicht zweideutiger Weise das Verhalten der Regierung einen Skandal nannte, sie des Wortbruches beschuldigte, dessen Ursache ihre Feigheit sei, und mit Veröffentlichungen drohte; und das alles, weil sie der sonderbaren Zusammenlegung der Alpinen Montangesellschaft und der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft, also der Umwandlung des tatsächlich schon bestehenden Privatmonopols in ein öffentliches, Widerstand zu leisten wagt. Diese Äußerung hat bisher keine Gegenäußerung veranlaßt.

Als Kundgebung des Machtgefühls des Finanzkapitals seien ferner die Worte erwähnt, die der Präsident der Anglo-österreichischen Bank, Professor Dr. Julius von Landesberger, in der am 3. Mai gehaltenen Generalversammlung gesprochen hat. In Erwiderung der Rede eines Aktionärs, der seinen — vom Standpunkte des Aktionärs sehr begreiflichen — Dank für die Höhe des Reinertrages aussprach, sagte der Herr Präsident nach dem gleichlautenden und nicht widersprochenen Verlaufe der Tagesblätter wörtlich folgendes: „Er danke für die freundlichen Worte der Anerkennung und erkläre, die Verwaltung werde wie früher so auch in Zukunft das Wohl der Anstalt und das Wohl des Staates, die untrennbar miteinander verbunden sind, im Auge behalten.“ Der Herr Präsident der Anglo-österreichischen Bank gilt als ein Mann, der überlegt was er sagt, und genau weiß, was er will. Seine Äußerungen haben deshalb als bezeichnend für die Auffassung in den maßgebenden Kreisen der Hochfinanz zu gelten. Es mag beklagenswert sein, ist aber gewiß verständlich, wenn die Pachtbesitzenden, die weder als Aktionäre mit Dividenden, noch als Verwaltungsräte mit Tantiemen an dem Wohle der großen Banken beteiligt sind die gegenseitige Verbindung des Staatwohles und des Wohles der Anglo-österreichischen Bank anders als der Präsident dieser Bank auffassen und daß sich ihnen anlässlich solcher Äußerungen die sozialen Gegensätze mit besonderer Schärfe aufdrängen.

Wohl erwogene Wahnehmungen offen ausprechen, ist die Pflicht des echten Patriotismus; so sei denn gesagt, daß die Herrschaft der Geldleute durch ihre Maßlosigkeit den Massenagony aufs höchste steigert und dadurch zersetzend wirkt. Es sind durchaus gesunde, im wahren Sinne staats- und gesellschaftserhaltende Empfindungen, die dieser Herrschaft Schranken gezogen wünschen. Das Volk sieht oder glaubt zu sehen, wie sich diese Plutokratie anscheinend unbegrenzter Freiheiten, unausgesetzter Begünstigungen und aufsehenerregender Ehrungen erfreut. Sie hat es b. greiflicher Weise mit Fremden, ja geradezu mit Unwillen vernommen, daß die Regierung es für angemessen erachtet hat, einen Mann wie Herrn Paul von Schoeller zu der hohen Würde eines Geheimen Rates des Kaisers vorzuschlagen, dessen Geschäftsfirma erst vor wenigen Monaten im Gerichtssaale überführt wurde, daß sie Militärbeamten Provisionen bei der Abwicklung von militärischen Lieferungen bezahlt hatte.

Man fragt sich naturgemäß, ob diese Nachgiebigkeit notwendig sei und hält demgegenüber das Verhalten der Banken, wenn es sich um ihren eigenen Vorteil handelt.

(Schluß folgt.)